



Aus der Zentrale von IN VIA

Genitalverstümmelung: Betroffene Frauen leiden ein Leben lang – Geschlechtsspezifische Verfolgung muss im Asylverfahren als Schutzgrund anerkannt werden!

Anlässlich des Internationalen Tages gegen weibliche Genitalverstümmelung möchte IN VIA Deutschland das Bewusstsein für die lebenslangen Folgen von FGMC schärfen. Geschlechtsspezifische Verfolgung muss in Asylverfahren endlich als Schutzgrund anerkannt und betroffenen Mädchen und Frauen Asyl gewährt werden. Von Genitalverstümmelung betroffene Frauen haben oft ein Leben lang mit den daraus resultierenden körperlichen und psychischen Folgen zu kämpfen. Umso schwerer wiegt, wenn sie aus ihrem Herkunftsland geflohen sind, ihre Rechte im Asylverfahren aber nicht durchsetzen können. „Aus der Praxis gehen immer wieder Rückmeldungen ein, dass Genitalverstümmelung in der Anhörung der Asylverfahren keine Berücksichtigung findet, häufig mit dem Argument es bestehe für die Frau in ihrem Herkunftsland keine Gefahr mehr. Jedoch sind de facto auch beschnittene Frauen weiterhin der Gefahr von Genitalbeschneidung ausgesetzt, zum Beispiel nach einer Geburt. Und Genitalverstümmelung ist in Deutschland ein geschlechtsspezifischer Schutzgrund“, erklärt Regine Rosner von IN VIA Deutschland. Mehr unter <https://t1p.de/n3gmg>.

Aus der Zentrale des DCV

Positionspapier „Digitale Zukunft gestalten: Mehr Teilhabe für alle“

Ohne digitale Teilhabe ist die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben kaum mehr möglich. Gleichzeitig bietet die digitale Transformation zahlreiche Möglichkeiten, die Leben vieler Menschen zu verbessern. Daher ist die digitale Teilhabe der digitalpolitische Schwerpunkt des Deutschen Caritasverbandes. Kernforderungen des DCV in dem Positionspapier sind: 1) digitale Teilhabe für alle ermöglichen; 2) selbstbestimmter Umgang mit Daten und gemeinwohlorientierte Nutzung von Daten; 3) KI-Einsatz im Sozialen fördern, Diskriminierung wirksam verhindern; 4) Online und offline leichter Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge (mehrkanaufähige Verwaltung); sowie 5) Wohlfahrtsverbände als Träger sozialer Infrastrukturen zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts für die digitale Gesellschaft befähigen und ausstatten. Mehr unter <https://t1p.de/lv689>.

Kirche & Gesellschaft

Kindergrundsicherung: „Ein wichtiger und richtiger Schritt, aber auch eine vertane Chance“

Ab dem Jahr 2025 soll die Kindergrundsicherung verschiedene Leistungen für Familien bündeln. Schneller, einfacher, direkter - so wirbt das Bundesfamilienministerium auf seiner Website dafür. Doch wird die Kindergrundsicherung dieses Versprechen einlösen? Die Redaktion des IAB-Forums hat dazu bei Katharina von Koppenfels-Spies nachgefragt, die als Professorin für Sozialrecht an der Universität Freiburg die Kinder- und Familienförderung kritisch unter die Lupe nimmt. Mehr unter <https://t1p.de/h7010>.

Hintergründe zur AfD I

Die AfD hat sich über die Jahre immer weiter radikalisiert, Rechtspopulist*innen und -extreme haben intern immer mehr Einfluss gewonnen. Viele frühere Parteimitglieder sind deshalb inzwischen ausgetreten, doch der Ausstieg fiel ihnen schwer. Warum? Darüber berichten ehemalige AfD-Mitglieder in der Dokumentation der ARD: [ard.de](https://www.ard.de)

Hintergründe zur AfD II

Der DCV hat ein Faktenpapier zur AfD zusammengestellt. Zusammensetzung der Partei, Zielsetzungen, Wählerwanderungen etc. werden hier beleuchtet. Das Papier befindet sich im Anhang dieser Nachrichten.

Erklärung der ostdeutschen Diözesanräte: „Demokratie – Respekt – Christliche Verantwortung“

Vertreter*innen von sechs ostdeutschen diözesanen Räten sehen im Wahljahr 2024 gefährliche Tendenzen in der Gesellschaft. Menschen werden diskriminiert und ausgegrenzt. Überwunden

gegläubte Menschenfeindlichkeit erhält Platz und Stimme. Die Grenzen des Sag- und Denkbaren werden ständig verschoben, heißt es einer Erklärung, die von ihnen verabschiedet wurde. Die sechs ostdeutschen Räte machen für die gesellschaftliche Stimmung insbesondere die AfD verantwortlich, von der sie sich klar distanzieren. Hingegen treten sie ein für den Zusammenhalt in der Gesellschaft, das Gemeinwohl und die Demokratie stärken. Vielfalt ist keine Bedrohung, sondern ein positiver gesellschaftlicher Wert. Nur in gemeinsamer Verantwortung können wir den drängenden Herausforderungen unserer Zeit wie dem Klimawandel, der Suche nach Wegen zum Frieden und der nach Erhaltung individueller sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit begegnen. Mehr unter <https://t1p.de/y0qkj>.

Ausbildung & Qualifizierung

Josefstag 2024: Talente erkennen! Europa als Chance

Auch in diesem Jahr findet am und um den 19. März der Josefstag statt. Die Einrichtungen der Jugendberufshilfe und der Jugendsozialarbeit sind eingeladen, sich an diesem traditionellen dezentralen und bundesweiten Aktionstag zu beteiligen. Unter dem Motto „Talente erkennen! Europa als Chance“ soll deutlich werden, dass Europa eine Chance darstellt, junge Menschen nicht nur nach ihrem wirtschaftlichen Wert zu beurteilen, sondern vor allem ihre Talente zu erkennen und zu fördern. Junge Menschen brauchen Unterstützung im Übergang, in der Orientierung und Berufsvorbereitung und einen Ausbildungsplatz nach eigenen Neigungen, Kompetenzen und Talenten. Einrichtungen der katholischen Jugendsozialarbeit können am Josefstag Begegnungen junger Menschen mit Kirche und Politik sowie Gespräche mit Kandidat*innen für das europäische Parlament in den Einrichtungen ermöglichen. Mehr unter www.josefstag.de.

Handlungsempfehlungen zur partizipativen Gestaltung des Übergangs Schule – Beruf

Die Fachgruppe „Visionen für den Übergangsbereich“, ein Zusammenschluss von Expert*innen, kritisiert, dass jungen Menschen, die in den Übergangsbereich einmünden, nicht die gleichen Möglichkeiten hinsichtlich Orientierung und inhaltlicher Ausgestaltung ihrer Übergangsphasen eröffnet würden wie beispielsweise Abiturient*innen. Durch die Fokussierung auf die Integration in den Arbeitsmarkt würden individuelle Stärken und Fähigkeiten nicht angemessen anerkannt. Die jungen Menschen stünden einem rigiden Ausbildungssystem gegenüber, in dem nicht ausreichend auf individuelle Bedarfe eingegangen werde. Dies erzeuge Gefühle mangelnder Selbstwirksamkeit und politischer Einflussnahme. Die Fachgruppe hat Handlungsempfehlungen zur demokratietauglichen Gestaltung des Übergangs erarbeitet, die eine Auseinandersetzung mit Diskriminierungsdimensionen, Orientierung von Bildungsinhalten an individuellen Interessen und Perspektiven junger Menschen sowie eine wertschätzende Beratung und Begleitung beinhalten. Mehr unter <https://t1p.de/o9i6q>.

Bildung

Das Startchancen-Programm kommt

Nachdem Bund und Länder sich am 2. Februar abschließend zum Startchancen-Programm auf der Bundesebene verständigt haben, kann die Initiative zum nächsten Schuljahr starten. Ziele sind die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems nachhaltig zu verbessern, die Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu erhöhen und den starken Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen. Nun steht jeweils die Ausgestaltung der Länderprogramme an. In seiner Pressemeldung betont der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit, dass die Länder hierfür die Expertise der Jugendsozialarbeit nutzen sollten. Damit zeitnah auch junge Menschen am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf profitieren könnten, seien von Anfang an, so der Kooperationsverbund weiter, auch berufliche Schulen in die Förderung aufzunehmen und die Kooperation mit außerschulischen Partner*innen zu realisieren. Die schulbezogene Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit und die Jugendberufshilfe würden hier fundierte Angebote vorhalten. Die Pressemeldung finden Sie im Anhang dieser Nachrichten. Mehr dazu finden Sie im Anhang.

Inklusive Bildung: Demokratie braucht Inklusion!

In ihrem Gastbeitrag für *bildungsklick*, berichtet die Journalistin Brigitte Schumann von der Initiative „Inklusive Bildung Jetzt“. Angestoßen durch den Elternverein mittendrin e. V. haben im Oktober 2023 mehr als 140 Organisationen und mehr als 1400 Einzelpersonen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft

und Bildungspraxis in einem Offenen Brief an Bundesminister Heil (BMAS) und Bundesministerin Stark-Watzinger (BMBF) dringenden [Handlungsbedarf für inklusive Bildung](#) gegenüber der Bundesregierung geltend gemacht. Die Initiative fordert von der Bundesregierung die Gewährleistung umfassender Aktionspläne für den beschleunigten Übergang von Förderschulen zu inklusiver Bildung und einer einheitlichen Umsetzung von Artikel 24 UN-BRK in den Ländern, eine offensive Vertretung der Konventionsziele auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung und die Durchführung einer bundesweiten Aufklärungskampagne zu Inklusion als Menschenrecht. Eine Antwort der Ministerien steht immer noch aus. Mehr unter <https://t1p.de/set49>.

Deutsches Kinderhilfswerk: Klassismus und Kinderarmut im Kontext kinderrechtbasierter Demokratiebildung

Mit der Frage „Partizipation als Privileg?“ beschäftigt sich das Deutsche Kinderhilfswerk in einer neuen Broschüre. Sie ist im Rahmen eines Fachaustauschtreffens mit Expert*innen entstanden. Es werden fachliche Anregungen zu einer theoretisch fundierten Auseinandersetzung mit den Themen Klassismus und Kinderarmut gegeben. Zum anderen sind Beiträge versammelt, die sich explizit mit einer klassismus- und armutssensiblen Praxis in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen beschäftigen. Deutliches Fazit ist, dass es einer großangelegten Strategie zur Bekämpfung von Kinderarmut und damit einhergehenden Diskriminierungen in Deutschland bedarf. Mehr unter <https://t1p.de/t7gyr>.

Mädchen & Frauen

EU-Richtlinie zu Gewaltschutz

Der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament einigten sich auf eine EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Die Richtlinie verspricht unter anderem einen verbesserten Zugang zu Justiz, EU-weite Standards zur Ahndung von weiblicher Genitalverstümmelung und Zwangsheirat, sowie einheitliche Standards zur Unterstützung und Betreuung von Betroffenen. Des Weiteren sieht die Richtlinie eine erstmalige Regelung von gegen Frauen gerichtete Online-Gewalt vor und ist somit ein wichtiger Schritt in der Bekämpfung von digitaler Gewalt. Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten gemeinsame Tatbestände in ihr Strafrecht aufzunehmen, die bislang nicht einheitlich geregelt sind.

In einer Pressemitteilung begrüßte Bundesfrauenministerin Paus die Einigung als einen Meilenstein für Europa. Es sei das erste Mal, dass die Kriminalisierung bestimmter Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt EU-weit geregelt wird. Mit der Einigung sende die EU das klare Signal: Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt in Europa müssen konkret eingedämmt werden. Mehr unter <https://t1p.de/mwxv2>.

Der Deutsche Frauenrat begrüßt die EU-Gewaltschutzrichtlinie als wegweisend zum Schutz von Frauen und Mädchen in der gesamten EU, kritisiert aber, dass der Tatbestand Vergewaltigung – als eines der schwersten Verbrechen gegenüber Frauen – nicht in die Richtlinie aufgenommen wurde. Beim Tatbestand Vergewaltigung stellte sich unter anderem Deutschland gegen die Aufnahme. Für Betroffene in vielen EU-Staaten bedeutet dies, dass sie weiterhin körperliche Gewalt und Bedrohungen durch den Täter nachweisen müssen. Mehr unter <https://t1p.de/c2cdu>.

SGB XIV: Das neue Soziale Entschädigungsrecht - Eine Praxishandreichung zur Unterstützung Betroffener von sexualisierter Gewalt, häuslicher Gewalt und Menschenhandel

Am 01. Januar 2024 trat das SGB XIV in Kraft. Es regelt das Soziale Entschädigungsrecht (SER) neu und löst das bisherige Opferentschädigungsgesetz ab. Der bff (Bundesverband Frauen gegen Gewalt) hat gemeinsam mit der BKSF (Bundeskoordinierung Spezialisierter Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend) und dem KOK (Koordinierungskreis gegen Menschenhandel) eine Broschüre dazu erarbeitet. Die Broschüre soll Praktiker*innen – insbesondere Mitarbeiter*innen in Fachberatungsstellen – einen gut verständlichen Einstieg in das neue Soziale Entschädigungsrecht und einen Überblick über die Rechtsgrundlagen und Handlungsmöglichkeiten geben. Mehr unter <https://t1p.de/kxt3y>.

Unterschiede im Gesundheitsverhalten von Frauen und Männern

Warum leben Frauen länger als Männer? Viele verschiedene Faktoren wirken dabei zusammen. Die größte Bedeutung haben Unterschiede im Gesundheitsverhalten von Frauen und Männern. Gesundheitsgefährdendes Verhalten tritt bei Männern häufiger auf. Der Tabakkonsum spielt hier eine

besondere Rolle, aber auch Bewegungsmangel, ungesunde Ernährung, riskantes Verhalten (u. a. erhöhte Unfallgefahr) und gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen. Mehr unter <https://t1p.de/2p15f>.

Aus den Verbänden der Jugendsozialarbeit

Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit

In der Koordinierungsstelle der Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule (GF H) hat die Leitung gewechselt. Der langjährige Leiter der bei der BAG KJS angesiedelten Koordinierungsstelle, Heiner Terborg, trat in den Ruhestand ein. Dr. Michael Herkendell übernimmt seine Nachfolge. Zuvor war Dr. Herkendell als Referent für fachliches Controlling und Projektmanagement bei der BAG KJS beschäftigt.

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit

Christian Shukow (AWO-Bundesverband) spricht turnusgemäß seit Jahresbeginn 2024 für den Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit. Der bisherige Sprecher Tom Urig (Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit) wechselt im Sprecher*innen-Team an die Stelle des Stellvertreters.

Migration & Integration

Handreichung zum Dublin-Verfahren

Der Informationsverbund Asyl, die Diakonie Deutschland und Pro Asyl haben eine Broschüre zum Dublin-Verfahren herausgebracht. Die Handreichung bietet einen umfassenden Überblick über die rechtlichen Grundlagen der Dublin-III-Verordnung, den Ablauf des Dublin-Verfahrens, sowie konkrete Tipps als Arbeitshilfe für die Beratungspraxis. Mehr unter <https://t1p.de/5fq04>.

Opfer von Menschenhandel sollen einen Aufenthaltstitel in Deutschland erhalten.

Anlässlich des Gedenktags der heiligen Josephine Bakhita (1869-1947), Schutzpatronin der Opfer von Sklaverei, wird von der katholischen Kirche jährlich am 8. Februar der Tag gegen Menschenhandel begangen. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe gegen Menschenhandel der Deutschen Bischofskonferenz, Weihbischof Ansgar Puff fordert an diesem Tag, dass Betroffene von Menschenhandel eine sichere Lebensperspektive entwickeln können müssen. Stabilität und Sicherheit für die Betroffenen könnten dabei nur durch einen Aufenthaltstitel erreicht werden, der unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft in einem Strafverfahren gewährt werden müsse. Die Bundesregierung müsste die im Koalitionsvertrag angekündigten Verbesserungen umsetzen. Das Europäische Parlament und der Europäische Rat haben sich im Januar auf eine Ergänzung der Menschenhandelsrichtlinie geeinigt. Die verbesserte Richtlinie ist ein Signal, dass die EU Menschenhandel noch entschiedener verfolgen will. Insbesondere ist die Erhöhung des Strafmaßes für Täter auf fünf Jahre ein Signal an die Opfer, dass deren Leiden ernst genommen werden. Mehr unter <https://t1p.de/b8t9w>.

Online-Fortbildungen zu Gesundheitsleistungen für Drittstaatsangehörige und zum Asylbewerberleistungsgesetz

Die BAGFW bietet dieses Jahr eine Reihe von Online-Fortbildungen zum Thema Gesundheitsleistungen für Drittstaatsangehörige/Krankenversicherung im AufenthG sowie Online-Fortbildungen zum Asylbewerberleistungsgesetz an. Mehr unter

Gesundheitsleistungen für Drittstaatsangehörige: <https://t1p.de/gdh24>.

Asylbewerberleistungsgesetz: <https://t1p.de/6re3p>.

Arbeitsfelder der Ankunft. Migrantische Perspektiven auf Arbeit in Gastronomie, Reinigung und Pflege

Die Hans-Böckler-Stiftung hat im Januar 2024 die Studie „Arbeitsfelder der Ankunft. Migrantische Perspektiven auf Arbeit in Gastronomie, Reinigung und Pflege“ veröffentlicht. Die Studie identifiziert drei spezifisch migrantisch geprägte Arbeitsbereiche für ankommende Migrant*innen und analysiert deren subjektive Perspektive auf Arbeit und Beruf in Deutschland. Mehr unter <https://t1p.de/2zejw>.

Bahnhofsmission

Videokonferenz zur Vorstellung der Studie „Sichere Bahnhöfe für alle“

Im Auftrag der DB Station&Service führte die Camino gGmbH von Februar bis Oktober 2023 die Studie „Sichere Bahnhöfe für alle“ durch. Ein wichtiges Anliegen der Studie war es, die Perspektive von Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten einzubeziehen. Daher wurden u. a. auch Gäste der Bahnhofsmissionen in Berlin-Ostbahnhof, Frankfurt und Hamburg befragt.

Die Bundesgeschäftsstelle der Bahnhofsmission lädt am **21.02. von 13:00 bis 15:00 Uhr** zu einer Videokonferenz ein, in der die Ergebnisse der Studie vorgestellt werden. Es wird Möglichkeiten zu Rückfragen und Diskussion geben. Anmeldung zur Videokonferenz ist bis 19.02. unter folgendem Link erbeten: <https://eveeno.com/645870995>.

Die Ergebnisse der Studie sind in einer Handreichung zusammengefasst, die im passwortgeschützten Bereich von www.bahnhofsmission.de (Downloads / Zusammenarbeit mit Bundespolizei und DB Konzernsicherheit) zur Verfügung gestellt und den Trägern der Bahnhofsmissionen zeitnah per Post zugehen wird. Sie enthält auf den Seiten 14-15 Handlungsempfehlungen für die Bahnhofsmissionen, über die wir uns mit Ihnen verständigen wollen. Wir werden im Nachgang zur Videokonferenz eine Abfrage zu diesen Handlungsempfehlungen versenden und Sie um Rückmeldungen bitten.

Konferenz der Diözesan- und Landesverantwortlichen

Die Regional- und Landesverantwortlichen der Bahnhofsmissionen treffen sich am 21./22.03.2024 in Berlin zu ihrer Jahreskonferenz.

Fort- und Weiterbildung bei IN VIA & Caritas

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen

IN VIA Akademie Paderborn

- **Kommunikation in herausfordernden Situationen, vom 4. bis 5. März 2024, Paderborn.**
Warum fällt es uns nicht selten schwer, in herausfordernden Situationen souverän und ergebnisorientiert zu kommunizieren? Wir gehen in diesem Seminar den Ursachen auf den Grund, verändern nachhaltig Denkmuster und lösen die Knoten. Hierzu analysieren wir Mechanismen, von neurologischen über psychologischen zu kommunikativen und erlangen dabei spannende Erkenntnisse. Das Ziel ist, über die fundierte Reflexion statt des reflexhaften Agierens Handlungsalternativen zur Verfügung zu bekommen, um herausfordernde Situationen wirksam über durchdachte Kommunikation zu steuern. Mehr unter <https://t1p.de/ueuti>.
- **Web-Seminar: Fachkräfte stärken – Jugendliche mit Lernschwierigkeiten durch aktive Medienarbeit fördern, 24. April 2024, online.**
Kinder und Jugendliche kennen digitale Medien als selbstverständlichen Teil ihres Alltags und gehen vertraut damit um. Dabei wissen sie häufig nicht deren Potential zur Erreichung ihrer individuellen Bedürfnisse sowie Überwindung von Lern- und Entwicklungsschwierigkeiten auszuschöpfen. Mit einem stärken-orientierten Einsatz von digitalen Medien in der außerschulischen Bildungsarbeit, die Momente der Partizipation, Handlungsorientierung und das Projektlernen beinhalten, hat die Stiftung Digitale Chancen positive Erfahrung gesammelt, die in dieser Fortbildung vorgestellt werden. Mehr unter: <https://t1p.de/u2867>.

Fortbildungs-Akademie des DCV Freiburg

- **Sicher im Umgang mit dem Zuwendungs- und Vergaberecht: Öffentliche Fördermittel korrekt verwalten und verausgaben**
Am 11./12. April 2024 bietet die Caritas-Akademie ein Online-Seminar zum Umgang mit dem Zuwendungs- und Vergaberecht an. Hintergrund ist, dass ein Verband oder eine Einrichtung an das Zuwendungsrecht und in diesem Rahmen auch an das Vergaberecht gebunden ist, sobald Fördermittel vom Land, dem Bund oder der EU beantragt und umgesetzt werden. Die so eingekauften Dienstleistungen unterliegen einem ordnungsgemäßen Vergabeverfahren. Die Regeln hierfür sind jedoch komplex und oft nur schwer zu durchdringen. In dem zweitägigen Online-

Seminar erlangen Zuwendungsempfänger*innen die nötige Handlungssicherheit. Mehr unter <https://t1p.de/xuo00>.

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen unter <http://www.caritas-akademien.de>. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: <http://www.invia-akademie.de>.

Folgen Sie uns auch auf unserem [X-Account!](#)



Frauen helfen Mädchen und jungen Frauen aus der Coronakrise
www.women4youth.de

IMPRESSUM:

IN VIA Katholischer Verband für
Mädchen- und Frauensozialarbeit
Deutschland e.V.
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Redaktion: Elise Bohlen/Annelie Engelbert

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.02.2024
Berichte sowie An- und Abmeldung vom Newsletter:
annelie.engelbert@caritas.de